

Eine Vorbemerkung, die im Text 173.2 ein Zwischenruf ist.

Ich war mit meinem Text schon weiter, als mir die Überlegung kam, dass meine Ausführungen auf den Seiten 1 bis 9 im Wahlkampf als eine einseitige Stellungnahme gegen die SPD und andere Linke ausgelegt werden könnte. Das war aber so nicht vorgesehen. Ich hatte zwar schon folgenden Satz eingefügt: „*Im Übrigen kann ich in Bezug auf die CDU/CSU und FDP ähnlich argumentieren.*“ Das genügt mir aber nicht mehr. Aber das, was ich zu den Christdemokraten und den Freien Demokraten zu sagen habe, war mir am ursprünglichen Ort zu umfangreich. Und im Gesamttext, der die Antwort auf die Frage vorbereiten soll - ob es sinnvoll ist, den Euro zu einer Reservewährung zu machen - , sind die Ausführungen zur CDU / CSU und FDP auch nicht so passend. Ich habe daher aus dem bisherigen Teil und den Ergänzung zu den politischen Signalfarben schwarz und gelb diese gesonderte Datei mit der Textziffer 173.2.1. gemacht.

Ursprünglich hatte ich ja gehofft, zum Abschluss meines Bemühens um Demokratie und Ökonomie noch einen ordentlichen klärenden Beitrag für der Bürger im Wahlkampf zum Bundestag 2021 liefern zu können. Es hat aber nicht sollen sein. Das, was ich noch zusammengetragen habe, ist dadurch keine Makulatur geworden. Aber der Wahlkampf ist neigt sich dem Ende zu. Inhaltlich lief er ja träge, aber für einen müden Kämpfer wie mich lief die Zeit zu schnell. Ich will jedenfalls den Läufern auf der Wahlrennbahn auf den letzten Metern noch zurufen: Verausgabt Euch nicht! Es ist egal wer als erster das Ziel erreicht, die Orientierungslosigkeit in Fragen der Demokratie und der Ordnungspolitik haftet Euch allen an den Versen und verhindert eine bessere Politik, als die, wie sie bisher abgeliefert wurde. Ob ich das noch schaffe? Ich weiß es nicht. Noch ein Hinweis: Der Text wurde als OFFENER BRIEF mit Bezug auf ein enges Thema geplant. Ich weiß nicht, ob es die Komplexität des Themas ist, der tägliche Nachrichtenstrom, den ich versäumt habe abzustellen oder das Alter meines Kopfes, der sich formalen Darstellungsformen nicht mehr unterordnen will, von einem Format des Briefes kann nicht mehr die Rede sein. Ich spreche trotzdem meinen zuerst gedachten Empfänger mit Namen an.

Teil I Die Schwächen von rot-rot-grün

Sehr geehrter Herr Steingart,

der erste Anlass meines Schreibens ist Ihr Beitrag oder vielmehr Ihr Hinweis auf einen Beitrag von Sigmar Gabriel vom 20. 7. 2021. Damit meine Vorbehalte nicht auf die Person bezogen werden, sage ich gleich zu Anfang, Gabriel ist für mich durchaus ein Sympathieträger für die Politik im Allgemeinen. Wie weit er sich vom durchschnittlichen sozialdemokratischen Denken emanzipiert hat, weiß ich nicht. Das Modell Sozialdemokratie halte ich in den Zielen Gerechtigkeit und soziale Sicherheit für sympathisch; in der Wahl der Zielereichungsmaßnahmen problematisch, weil das Ziel der individuellen Freiheit nicht mitgedacht und mitbedacht wurde und wird. Ich denke nicht, dass deswegen Sozialdemokraten schlechte Bürger sind oder dass sie kein Lob für den geleisteten Einsatz verdient haben. Ich vermute, dass die Ursache ihrer Freiheitsschwäche in der Gründungszeit entstand, als sie noch Knechte und Mägde entweder auf dem Hof oder in der Fabrik waren.

Sie, die Mägde und Knechte fühlten sich zu recht unfrei und unterdrückt. Sie wussten nicht wie sie sich aus ihrer Lage befreien konnten und hatten auch das lähmende Gefühl des Knechtseins mit der Muttermilch eingesogen. Die daraus resultierende Haltung konnte auch nicht einfach abgeschüttelt werden. Dann kamen schlaue Köpfe, die es gut mit ihnen meinten (oder für ihren Hass auf die Bourgeoisie ein Ventil suchten) und sagten, das läge an dem Eigentum. Beim Grund und Boden hatten sie ja recht. Aber diese schlaunen Köpfe hatten als Vorschlag nur die Enteignung zu bieten, die im Ergebnis nicht ohne Mord und Vertreibung durchzuführen war. Wenn die Sozialdemokraten auch einen anderen Weg gingen als die Kommunisten, der weniger Opfer zum großen Ziel der Humanität in der Zukunft kostete, so blieb die Grundannahme, das ökonomische Elend hätte seine Ursache im Privateigentum an den Produktionsmitteln, bestehen.

Marx, der neue Gott am Arbeiterhimmel, hatte mit dem Eigentum an Produktionsmitteln, aber nicht recht, denn aus kapitalistischer Sicht gesehen ist jede neue Wohnung oder Fabrik der Feind der bestehenden Wohnungen und Fabriken, weil sie tendenziell die Rendite des schon bestehenden Kapitals in den Keller drückten. Wenn Marx recht hätte, müsste es umgekehrt sein. Man muss deshalb aber nicht von Marx abwenden, es gibt Hinweise, dass er auch bessere Einsichten hatte.

Jene Theoretiker, die den Sozialismus die freiheitliche Form (als Fortsetzung des politischen Liberalismus) verweigerten und in den Marxismus¹ umformten, schrieben aber in einer Art, die die Arbeiter, die sich selber in der Rolle der ohnmächtigen Knechte sahen, nicht verstanden. Sie waren in einer Situation wie die Christen, als ihnen die christliche Botschaft nur in Latein verkündet wurde und dadurch nur für die Priester verständlich war. Die Priester gewannen dadurch viel Macht über die Gläubigen, denn nur sie konnten den unmündigen Gläubigen sagen, was die Botschaft beinhaltet. Die Mägde und Knechte gerieten durch die unverständliche Befreiungslehre von Marx in eine doppelte Abhängigkeit - einmal blieben sie in der Abhängigkeit gegenüber den Herren in der Industrie und der Landnutzung zum anderen landeten sie in eine neue zu den Theoretikern des Marxismus. Nur diese konnten ihnen vermitteln, was Marx, ihr neuer Erlöser, ihnen zu sagen hatte. Die neue Botschaft für die Mägde und Knechte lautete: Sie könnten ihre Ohnmacht nur überwinden, wenn sie ihre schwachen Kräfte bündeln und zu einer Zentralmacht umformen würden. Vereinigt euch, ihr Schwachen, formt einen zentralen Staat, dann werdet ihr stark. Das hat sich als Trugschluss herausgestellt. Die Zentralverwaltungswirtschaft hat für das Individuum höhere Gefängnismauern als der Kapitalismus.

Es geht mir bei dieser Schilderung nicht um eine Genauigkeit des historischen und organisatorischen Ablaufs, sondern um die Frage, wie konnte sich in eine Freiheitsbewegung die Idee des Zentralismus und ein auf den Staat fixiertes Denken einschleichen und festigen? Vielleicht findet man bei Rudolf Rocker eine Antwort. Ich weise hier auf ihn hin:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/23.2%20Flug-Bomben%20Anhang%20II.pdf>

Rudolf Rocker / geb. 25. März 1873 (Mainz) – gest. 1958 (Mohigan Colony, USA)

Als die Arbeiter im Mai 1863 in Leipzig die SPD gründeten, war das vermutlich nicht nur ein Anliegen der theoretischen Propagandisten, sondern auch der Arbeiter selbst. Aber sie wussten, dass ihnen ihr Arbeitstag nicht viel Zeit für Diskussionen und Demonstrationen übrig lies. Es war also notwendig für die tägliche politische Organisationsarbeit und für die Deutung, wie der Marxismus zu verstehen sei, einen Parteikader aufzubauen. Sie handelten sich auf diese Weise – wie schon gesagt - eine doppelte Knechtschaft ein. Zum einen waren weiterhin die Knechte eines kapitalistisch verformten Marktes und zum anderen wurden sie

¹ Es ist überliefert, dass sich Marx ausdrücklich nicht als Marxist verstand . Wenn man dann die Wirkungsgeschichte des Marxismus bedenkt, dann wird deutlich, dass der (die) Mensch(en) die Ideen, die ihn (sie) zum Handeln anleiten, immer wieder überprüfen müssen. Das gilt selbstverständlich nicht nur für den Marxismus.

inhaltlich und moralisch abhängig von Funktionären. Und diese waren nicht böswillig², aber gefangen im Marxismus. Als die Misswirtschaft und Unterdrückung in den sozialistischen Ländern nicht mehr als Fehler, die dem schwierigen Aufbau des Sozialismus geschuldet seien, „verkauft“ werden konnten, hatten die Sozialdemokraten das Glück, dass ihnen mit John Maynard Keynes – ein Mann, der im Westen gut angesehen war – eine neue Lehre zur Ökonomie anboten wurde, die ihnen die Einbeziehung des Staates in die Wirtschaft ermöglichte. Die Stagflation war das Ergebnis. Die Wahl soll eine Neuaufgabe ermöglichen. Die Sozialisten allgemein merken nicht, dass sie auf diese Weise nur mit dem Einkommen der Arbeitnehmer jonglieren können und so die Garanten für den Bestand des Kapitalismus wurden.

Warum die Sozialdemokraten in der Zeit der Weimarer Republik nicht richtig auf die neuen Bedrohungen reagierten, erklärt in einer kleinen Schrift aus dem Jahr 1924 der jüdische Arzt Dr. Max Sternberg. Der Titel lautet „Warum und wie zur Freiwirtschaft“.

Der Link führt zu der Kopie der Originalausgabe in einer Frakturschrift. Unter der Textnummer 56.2..2 findet sich auch ein Nachdruck in einer Zeitschrift mit einer biographischen Notiz von Werner Onken zu Max Sternberg.

http://www.tristan-abomeit.de/pdf_bibliothek/56.2.1%20Sternberg%20Warum%20FFF.pdf

Die SPD-Mitglieder waren in der Zeit der Naziherrschaft Opfer des Nationalsozialismus. Diese Opferrolle wurden in der Vergangenheit oft thematisiert. Was aber bis heute verdrängt wurde und wird, ist ihre Rolle im Entstehen des ökonomischen Elends in der Weimarer Republik, das Hitler als Startbahn diente. Die SPD wurde durch ihre währungstheoretische Blindheit trotz ihrer Gegnerschaft zur NSDAP zu deren Förderer.

Und nach dem Zweiten Weltkrieg hat die SPD trotz ihrer Hinwendung zum Keynesianismus, aufgrund mangelnder Analysefähigkeit marktwirtschaftlicher Zusammenhänge erst das Modell der Sozialen Marktwirtschaft bekämpft und dann – als sie merkte, dass man in dieses Modell Zwangskollektive einfügen kann – haben sie mitgeholfen die Soziale Marktwirtschaft zu verfälschen. Dahinter vermute ich keinen bösen Willen oder Verschwörungen – damit würde ich ja Freunde und Nachbarn kränken, die sich in der SPD in der Vergangenheit engagiert haben oder heute noch engagieren. Hier machte sich die Unfähigkeit jener bemerkbar, die in der SPD den Ton angaben und angeben und dabei nicht in der Lage sind, sich

² Das schließt nicht aus, dass – wie in jeder Organisation – dort Mitglieder vorhanden waren, denen es um die eigene Macht, und ihre Bedeutung oder um ein besseres Einkommen als an anderen Plätzen ging.

ideologiefrei oder ohne Unterwerfung unter dem, was der wechselnde Mainstream der Meinungen zu Währungsfragen zu bieten hat, zu befassen.

Die negativen Wirkungen der falschen Vorstellung von den Ursachen des Kapitalismus machen sich durch die aktuellen Streiks der GDL wieder bemerkbar. Bevor ich mit meiner Aussage weiterfahre, blende ich erste eine Auskunft über die GDL und dann den Art. 9 zur Vertretung der Interessenvertretung der Arbeitnehmer ein.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer ist eine deutsche Gewerkschaft für das Eisenbahnpersonal der Eisenbahnunternehmen. Sie ist Mitglied im DBB Beamtenbund und Tarifunion und hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Die GDL ist Tarifpartner der Deutschen Bahn und weiterer 53 privater Eisenbahnverkehrsunternehmen. [Wikipedia](#)
[Vorsitz: Claus Weselsky](#)
[Mitglieder: über 37.000 \(2021\)](#)
[Gründung: 1867](#)
[Beschäftigte: 58](#)

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 9

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
- (2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
- (3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Das Grundgesetz bestätigt das Existenzrecht der GDL und besagt nicht, dass sie sich einer größeren Organisation, die die gleiche Berufsgruppe vertritt, unterordnen muss. Das Grundgesetz besagt aber mit dem gleichen Artikel auch, dass nicht nur Arbeitnehmer zur Wahrung ihrer Interessen Vereinigungen bilden dürfen, sondern auch die Arbeitgeber. Leider sagt aber das Grundgesetz nichts darüber aus, was die Mittel des Arbeitskampfes sein dürfen. Zum Streikrecht sagt das Grundgesetz nichts und folglich auch nicht, wer, wann, wo, aus welchem Grund und zu wessen Lasten streiken darf.

Ein eigenes Arbeitskampfgesetz gibt es jedoch nicht. Die Grundsätze des Arbeits-

kampfrechts haben sich im Rahmen der richterlichen Rechtsprechung herausgebildet (Richterrecht).

So heißt es in einem Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung. Und in Ergänzung dazu ist in einem anderen Beitrag eines anderen Netzakteurs zu lesen:

Arbeitskampf im deutschen Recht

Im Prinzip sind Streiks ein Instrument der Tarifautonomie. Das bedeutet, dass der Staat außen vor bleibt, solange niemand eine Rechtsverletzung begeht. Demzufolge sind Streiks, die keine Durchsetzung eines tarifpolitischen Zieles im Fokus haben, als politisch motiviert eingestuft und in Deutschland verboten.

<https://www.juraforum.de/lexikon/arbeitskampf#:~:text=Was%20ist%20ein%20Das%20Arbeitsrecht,und%20Arbeitsbedingungen%20als%20Ursache%20haben.>

Ich deute das so, dass der Parlamentarische Rat ein ökonomisches Problem gesehen hat, aber zu keiner ausformulierten Handhabung des Problems, die von einer erforderlichen Mehrheit akzeptiert wurde, gefunden hat. Und die Lösung konnte hier nicht gefunden werden, weil wenigstens ein Teil der Mitglieder des Parlamentarischen Rates noch stark von marxistischen Vorstellungen von der Ökonomie geprägt waren. Das Recht, das dabei herausgekommen ist, ist ein verbogenes Recht. Es hat Arbeitnehmer geschaffen, die mit einem Streikrecht und solche die ohne Streikrecht ausgestattet sind. Es erlaubt ein Kampfmittel, das zulasten der Rechte von Millionen Unbeteiligter ausgeübt wird. Die Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit bleibt davon aber unberührt. Der Arbeitskampf, der hier – rechtlich abgesichert – geführt wird, bewirkt nur Verschiebungen innerhalb des Blocks *Arbeitseinkommen* wozu auch der Unternehmerlohn³ dazugehört. Der Streik kann dem Anspruch des Kapitals auf Rendite nichts anhaben. Er nutzt dem Kapitalismus, weil er tendenziell eine Vernichtung von Kapital oder Behinderung der Bildung neuen Kapitals ist. Das hängt damit zusammen, dass eben die Produktionsmittel ihre Kapitaleigenschaften nicht durch das Eigentumsrecht bekommen, sondern durch ihre Knappheit. Das sind keine Spekulationen, sondern Erfahrungstatsachen. H. Creutz gibt in der 1. Ausgabe von „Das Geldsyndrom“ von 1993 auf der Seite 372 aus der Kundenzeitschrift „Sparkasse“ vom Dezember 1988, die dort aus ihrer Ausgabe von 1891 zitiert, folgendes wieder:

3 Auch die Rolle des Kapitalisten teilen sich Arbeitnehmer und Unternehmer, wenn ihre Ersparnisse einen Zinsertrag, eine Rendite erbringen. Was meistens nicht bedacht wird, jeder zahlt in den Preisen einkalkulierte Zinsen. Bei der Saldierung der Zinsen, die der einzelne Wirtschaftsteilnehmer bekommt und die er zahlt, gibt es 80% Verlierer, 10% ,die mit einer Plus-minus-Null herauskommen. Nur 10 % sind die Gewinner. Und hier geht die Konzentration der Verteilung weiter. Ein niedriges Zinsniveau ist verteilungspolitisch für die Arbeitnehmer und Unternehmer wichtig, es darf nur nicht wie zur Zeit mit fragwürdigen Mitteln der Zentralbank erreicht werden. (Siehe Helmut Creutz, Das Geldsyndrom.)

... Dabei wurde vor allem der damals zu registrierende Trend sinkender Zinsen beklagt und erklärt:

»Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, daß die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben.«

Um den damals bei drei Prozent liegenden Zinssatz vor weiterem Fall zu bewahren, müßten, so hieß es weiter:

»... die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Capitalien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken begegnet werde. «

Doch da auch das zu einer Umkehr des Zinstrends nicht ausreichen würde, schließt der 1891 erschienene Artikel mit folgenden Sätzen:

»So spricht denn alles dafür, daß wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen. Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.«

Dieser Schluß scheint ungeheuerlich. Aber er hat sich - wie wir wissen - seit 1891 zweimal erfüllt: Zwei »allgemeine europäische Kriege«, die man sogar weltweit ausdehnen konnte, haben dem »Sinken des Zinsfußes Halt geboten«.

Diese Zerstörung ist eine Systemnotwendigkeit des Kapitalismus. Wir hätten hier bei uns auch schon lange wieder einen Krieg gehabt, wenn nicht an anderen Orten Stellvertreterkriege stattgefunden hätten und andere Formen von Kapitalvernichtungen annehmen kann⁴. Ich denke da an den „Konsumzwang“ und die Umrüstung der Energieerzeugung. Für den Kapitalismus ist – wenn er eine Person wäre – die Bedrohung durch den Klimawandel ein Fest, weil es die Menschen zwingt, noch lange brauchbare Ausrüstungen zur Energiegewinnung zu verschrotten.

Ich habe eine Grafik zu Verteilung des Volkseinkommens in Erinnerung, die in der HAZ am Anfang der 70er Jahre veröffentlicht wurde, die zeigte deutlich, wie die Lohnquote zu Lasten der Kapitalquote angestiegen war. Es wurde betont, dass das Eherne Lohngesetz⁵ seine Gültigkeit verloren hätte. In Wirklichkeit zeigte der Kurvenverlauf mit steigendem Arbeitseinkommens zulasten des Kapitaleinkommens, dass der Kapitalismus nicht mehr funktioniert, wenn die Arbeit aus seiner Sicht zu unbescheiden wird. Ich dachte, ich hätte die Grafik in meiner ersten Arbeit, die im Netz steht, verwendet. Ich habe sich dort nicht gefunden. Aber

4 Die Arbeitslosigkeit ist auch eine Form der Verhinderung der Kapitalbildung.

5 https://de.wikipedia.org/wiki/Ehernes_Lohngesetz

schaut man in diese Arbeit hinein, dann kann man feststellen, dass die Wirtschaftstheorie, die Wirtschaftspolitik, die Sozial- und Arbeitspolitik, die Parteien und Gewerkschaften sicher enorm fleißig waren, dass unsere Gesellschaft in ihrem Streben aber nicht von der Stelle kommen ist. Wir Deutschen können nicht die Rolle der Guten in der Welt in Anspruch nehmen, wobei dies uns gutgetan hätte, weil wir zu lange die Bösen waren (und es Mittel des politischen Kampfes noch sind).

ARBEITSLOSIGKEIT
- URSACHEN - WIRKUNGEN - LÖSUNGEN -
Und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung
Ein ordnungspolitischer Beitrag
von
TRISTAN ABROMEIT
Ende 1977

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.1%20Arbeitslosigkeit%201977.pdf>

Silvio Gesell geht mehrmals auf den starken Arm der Arbeiter ein, der alle Räder stillstehen lassen kann. Ich habe mal in den *Gesammelten Werken* von Gesell nachgeschaut, um eine Aussage dazu zitieren zu können:

Beispiel 1:

Der Arbeiter singt zwar sein billiges Liedchen:

Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will. Aber vorläufig ist das noch Zukunftsmusik. Diese Macht, die Räder zum Stillstand zu zwingen, hat heute nur einer im Lande, und das ist die Emissionsbank. (Band 5 S. 229)

Beispiel 2:

Sang der Marxist: „Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will“, so sage ich: „Alle Räder müssen laufen, soll das Kapital ersaufen.“

Das ist mein Ziel: Beseitigung der Krisen, der Arbeitslosigkeit; Der Schatzhaber (Kapitalist) soll nicht mehr willkürlich durch Zurückhalten seines Geldes die Arbeitsbetätigung unterbrechen können.

(Band 12. S. 24)

Un nun John Maynard Keynes zum Problem:

Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als eine vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihre Leistung

vollbracht hat. Und mit dem Verschwinden der Rentnerseite wird noch vieles andere einen Gezeitenwechsel erfahren. Es wird überdies ein großer Vorteil der Ereignisfolge sein, die ich befürworte, daß der sanfte Tod des Rentners, des funktionslosen Investors, nichts Plötzliches sein wird, sondern nur eine allmähliche, aber verlängerte Fortsetzung dessen, was wir jüngst in Großbritannien gesehen haben und keine Revolution erfordern wird.

(Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes S. 317)

Keynes bestätigt hier, dass der Kapitalismus friedlich auflösbar ist und indirekt, dass der Kapitalismus und die Marktwirtschaft keine Synonyme sind.

Ich stimme somit mit Gesell überein, daß das Ergebnis der Lückenausfüllung in der klassischen Theorie nicht darin besteht, das „Manchester System“ aufzugeben, sondern die Natur der Umwelt zu bestimmen, die das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte erfordert, wenn es die vollen Möglichkeiten der Erzeugung verwirklichen soll. Die zentralen Leitungen, die für die Sicherung von Vollbeschäftigung erforderlich sind, bringen natürlich eine große Ausdehnung der überlieferten Aufgaben der Regierung mit sich. Außerdem hat die moderne klassische Theorie selbst die Aufmerksamkeit auf verschiedene Zustände gelenkt, in denen es notwendig sein mag, das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zu zügeln oder zu leiten. Aber es wird immer noch ein weites Feld für die Ausübung der privaten Initiative und Verantwortung verbleiben. Innerhalb dieses Feldes werden die überlieferten Vorteile des Individualismus immer noch Geltung haben.

(Allgemeine Theorie ... / S. 320)

Aus diesem Absatz ist erkennbar, dass Keynes in der Analyse der ökonomischen Störungen von Gesell einig ist, aber andere Wege der Lösung geht und daher für die Sozialdemokraten interessant wurde. Aber wesentlicher ist hier, dass deutlich wird, dass der Streik als Arbeitskämpfungsmittel zur Verbesserung der ökonomischen Interessen der Arbeitnehmer ein untaugliches Mittel ist. Es ist dadurch rechtlich nicht gerechtfertigt, ihn zulasten Dritter auszutragen und ökonomisch unsinnig, weil er die Position der Arbeitnehmer eher schwächt als stärkt. Eine Ursache für einen Streik ist ja meistens das Streben nach einem Inflationsausgleich. Dieser ist aber ohne Streik zu erreichen: a) durch eine Währungspolitik, die eine Nullprozentrate der Inflation ermöglicht oder b) durch eine Indexbindung der Arbeitsverträge. Die Indexbindung wollen die Gewerkschaften offensichtlich nicht, weil sie dann weniger Grund

haben, sich durch Streiks in Szene zu setzen und ein Teil der Währungshüter will Indexbindungen nicht, weil sie behaupten, dass heitze die Inflation an – was zu widerlegen ist.

Ich habe mich auf Veranlassung der DAG-Betriebsgruppe bei der Nord-LB im Juli 1970 darauf eingelassen eine Antwort auf die folgende Frage zu finden:

Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument die DAG-Gegenwartsforderungen ***Sicherheit, Fortschritt*** und ***Gerechtigkeit*** durchzusetzen? Meine Antwort lautete: Nein! Ich machte mich damit nicht beliebt. Meine Einschätzung von damals ist in dem nachfolgend benannten Text 19.1.10 nachzulesen:

Offener Brief vom 1. Mai 2001 / **Agenda Niedersachsen 2001** / zweiter Teil
Dokumentation 10
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.10%20OB%20Lt.%20Doku%2010.pdf>

Das bisher Gesagte sollte als Thesen gelesen werden, dann verlieren sie ihren Anspruch auf absolute Richtigkeit. Die Aussagen sollen hier nur verdeutlichen, dass die politische Ökonomie einschließlich des Währungsgeschehens im wissenschaftlichen Sinne bis heute nicht wertfrei verhandelt wird, sondern an Interessen und falschen Vorstellungen gebunden ist. Die Politik der SPD, die sie in ihrem Selbstverständnis für richtig hält, wirkt unbedacht und ist nicht optimal auf die Interessen jener ausgerichtet, für die sie sich tatsächlich oder angeblich stark macht.

Zwischenbericht vom 5. September:

Unter anderem aus Krankheitsgründen musste ich meinen Text öfter unterbrechen. Um wieder in den bisherigen Textinhalt hineinzukommen hatte ich das Bedürfnis, die bisherige Niederschrift, die ohne vorherige Notizen entstanden ist, nochmals zu lesen. Die Wirkung ist, dass ich ganze Absätze zum besseren Verständnis noch einmal schreiben möchte.⁶ Das wäre für einen Journalisten sicher ein Luxus, den er sich nur selten erlauben kann. Ich muss jetzt aber auch mit meiner Zeit, die ich noch habe, geizen. Ein Stent der zur besseren Versorgung meines Herzens gesetzt wurde, zeigt noch keine Wirkung. Ich liege lieber und lasse meine Gedanken schweifen, statt konzentriert am PC in die Tasten zu hauen. Ich bin sicher kein Einzelfall unter den Menschen, die über ihren Tod hinaus, den Enkeln und Urenkeln dieser Welt noch etwas sagen möchten. Wenn ich Sie als Bote ausgesucht habe, dann liegt das daran, dass ich eine Weile den Eindruck hatte, Sie könnten ein großer Aufklärer über Ursachen

⁶ Und manche neu geschrieben habe.

des großen Unbehagens an unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung werden. Aber inzwischen habe ich den Eindruck, dass Sie der „teuflischen Religion“ der Rentabilität des Kapitals auch nicht abgeschworen haben. Das ist sicher der Finanzierung ihres Medienprodukts geschuldet und wird unter Ihren Abonnenten nur eine geringe Beachtung gefunden haben.

Gegen den Wahn des ewigen Wachstums in einer begrenzten Welt wird sicher in den Ausgaben Ihres MorningBriefing und in Ihren Büchern eine Kritik zu finden sein, aber sicher nur so, dass sie die herrschende Politik und Ökonomie nicht stört. Ich habe auch in Erinnerung, dass Sie in bestimmten Lagen zwischen der Marktwirtschaft und dem Kapitalismus eine Unterscheidung machen. Die Unterscheidung hört sich dann aber so an, als sei der Kapitalismus eine moralische Verfehlung. Das ist er nicht, er wird geprägt durch Systemfehler, die privat ausgebeutet werden können. Die Moral kommt erst dann ins Spiel, wenn die Zusammenhänge verstanden oder gar gefördert werden, um dann gerechtfertigt oder verschwiegen zu werden.

Ich will und kann an ihren Einstellungen nichts ändern, diese müssen aus eigenem Nachdenken entstehen. Wo kämen wir auch hin, wenn andere Menschen unsere Einstellungen mit oder ohne Gehirnwäsche manipulieren können. Bei Parteifunktionären habe ich aber allerdings manchmal den Eindruck, dass sie die Möglichkeiten, die man in der Diktatur hat, vermissen. Es wirken aber auch ganze bezahlte Heerscharen daran mit, dass die Konsumenten das richtige Produkt kaufen und die Wähler an der richtigen Stelle ihr Kreuz machen.

Dieses Schreiben entsteht und geht auf den Weg als Offener Brief⁷, denn ich weiß ja nicht, ob Sie – auch bei gutem Willen – dazu kommen, ihn zu lesen. Wenn also dieser Offene Brief zu einem Dutzend Mit-Leser/innen gelangt, deren Weiterdenken dadurch angeregt wird, dann ist das für mich an Lohn genug. Man kann ja schon ins grübeln kommen, wenn man über die Wirkung eines einzelnen Menschen nachdenkt und wenn einem bewusst ist, dass eben Milliarden von Menschen entweder passiv oder aktiv gegenseitig auf sich einwirken. Wenn der Mensch nicht in Depressionen oder böartigen Aggressionen abgleiten sollen, dann muss jeder wenigstens ein kleines Quantum an Gestaltungsmöglichkeit ausleben können, um sich als Schöpfer in Miniatur zu erleben. Der große Vorsitzende, die Kanzlerin, der Konzern- oder der Firmenchef, der Abteilungsleiter können das nicht stellvertretend für an-

⁷ Ich wies da anfangs schon darauf hin.

dere leisten. Alle zentralistischen Regelungen in den Gesellschaften sind lebensfeindlich und ein Feind der Freiheit. Das gilt auch für Institutionen und die Politik. Die Zukunft ist lokal, schreibt Daniel Dettling, Gründer des Instituts für Zukunftspolitik (www.zukunftspolitik.de) in der Beilage „Sonntag“ der HAZ vom 7. August 2021.

In Zukunft braucht es eine Wiederentdeckung der föderalen Idee von Einheit durch Vielfalt auf allen Ebenen des Staates. Auch Europa muss sich neu gründen: als demokratisches und lokales Projekt.

Unsere Politiker haben offensichtlich die entgegengesetzten Ziele, so als bereiteten sie eine Installation der DDR II vor. Ich habe keine Hoffnung, dass die Wahl eine Wende bringt.

Meine Exfrau machte mich auf den Dokumentarfilm über den heutigen *Michail Gorbatschow* von Ignatz Lozo aufmerksam, der von ARTE ausgestrahlt wurde. Mit Gorbatschow bewirkte ein einzelner, dass sich das politische System der Welt veränderte. Der Westen und auch wir Deutsche haben es ihm nicht gedankt. Die Rendite-Jäger krochen überall aus ihren Löchern, redeten von Marktwirtschaft und meinten den Kapitalismus und ihren schnellen Profit. So wie ich Gorbatschow einschätze, hätte er ein verständnisvolles Ohr gehabt für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Ihm wurden die Möglichkeiten, die dieses Modell bietet nicht erklärt – vermutlich auch, weil die Funktionäre der Unternehmerverbände und selbst die Mitglieder der Aktion Soziale Marktwirtschaft und der Initiative Neue soziale Marktwirtschaft die Chancen, die in der konsequenten oder kapitalismusfreien Marktwirtschaft liegen nicht verstanden und verstehen.⁸ Aber den meisten Akteuren ging es wohl um Leichenflederei. Mit diesem dummen Treiben wurde uns ein neuer Feind Russland geboren. Die meisten Politiker, die daran beteiligt waren, liegen inzwischen auf einem Ehrenfriedhof.

Meine Langzeitfrau, die mich schon über 40 Jahre mit meinen brotlosen Bestrebungen aushält⁹, machte mich auf eine Beilage in der Tageszeitung aufmerksam, die von der Initiative

⁸ Aber die Chancen der Zentralisierung der Bildung, die die Digitalisierung bietet, wird gerne von allen Zentralisten in allen Parteien aufgegriffen. Mich würde nicht wundern, wenn schon in Ministerien und Forschungsinstituten über ein einheitliches Bildungsprogramm für alle Bürger der EU nachgedacht wird, in der Hoffnung nach einiger Zeit die Bürger gedanklich wieder im Gleichschritt marschieren lassen können. Das kann durch humanitär gemeint sein, ist aber lebensfeindlich. Bei dem politischen Einheitsbrei, den die Parteien bieten, spielt es nur eine geringe Rolle, welche Partei in diesem Bestreben als Sieger hervorgeht.

⁹ Die meisten Menschen haben wohl keine Vorstellung davon, was für eine Belastung es für die Familie sein kann, wenn ein Ehepartner 60 Jahre lang eine nicht anerkannte Spur der Freiheit folgt. Für die Kinder ist es nicht erfreulich, wenn der Vater nicht einmal das Ansehen eines Mitgliedes eines Anglervereins dabei erwirbt. Meine Frau, die ich manchmal meine Angela Merkel nenne, konnte für unsere Kinder durch ihre berufliche Tätigkeit für einen US-Konzern, die sie nach Asien, in die USA und in europäische Nachbarländer führte, einen Ausgleich schaffen.

Neuen Sozialen Marktwirtschaft produziert wurde. Das ist eine kaum verschleierte Wahlwerbung für eine Parlamentsmehrheit von schwarz / gelb. Hier wird deutlich, dass die Sprecher der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** politisch blind sind, denn sie sehen nicht dass die Christ- und freien Demokraten über Jahrzehnte hinweg die größten Saboteure dieses Ökonomie-Modells waren und noch sind. Ich selber habe für ein knappes Jahrzehnt als Mitglied in der FDP vergeblich versucht in dieser Partei für eine bessere Sicht zu sorgen. Ich warte seit 60 Jahren auf eine öffentlichkeitswirksame und offene Diskussion über die Bedingungen einer Marktwirtschaft, die aus sich heraus sozial wirkt, so wie sich die Ideengeber der Sozialen Marktwirtschaft sie eins gedacht haben. Es ist ein betrübliches Zeugnis für das Volk der Denker und Dichter, dass es seine gesellschaftliche Gestalt nur dem zufälligen Treiben des Zeitgeistes überlässt. Das ist aber nicht nur eine Wirkung des schwarz-gelben politischen Blocks, sondern auch jener Parteien, die in ihrem linken, ökonomischen Glaubenssätzen gefangen waren und noch sind.

Teil II ist eine Ergänzung zum Teil I

Die Schwächen von schwarz- gelb, schwarz-grün oder schwarz-gelb-grün

Vorweg:

Menschen, die sich ehrlich für die Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen, sind mir alle lieb, egal in welcher Partei oder beruflichen Zusammenhang sich dafür einsetzen. Das stimmt sogar, wenn sie etwas wollen, was ich selber für falsch halte. Ich habe nur Vorbehalte gegen die politischen Rosstäuscher, die es in allen politischen Lagern gibt.

Georg Otto, der erste oder einer der ersten, der die Gründung der Vorläuferpartei der GRÜNEN Die grüne Liste (GLU) angestoßen und betrieben hat, warb in den letzten Tagen erneut für eine Mitte-Linksregierung aus GRÜNE, SPD und LINKE. Dies ist aus zweierlei Gründen unverständlich.

1. Georg Otto, der enorm viel für den Aufbau der Partei DIE GRÜNEN in unserer Republik geleistet hat, wurde, weil er die freiwirtschaftlichen Positionen unter den Bezeichnungen Dritter Weg, Alternative und Sozialliberalismus vertreten hat, von der Partei DIE GRÜNEN schlichtweg schäbig behandelt.

2. Das freiwirtschaftliche Modell, auch Natürliche Wirtschaftsordnung genannt, ist im Grunde nur eine Anweisung die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien, wie sollen aber politische Akteure ein marktwirtschaftliches Modell umsetzen, für dessen Wirkungsgesetze sie nur wenig oder keine Einsichten haben?

Ich verstehe diese Empfehlung, die ein Abraten von einer schwarz-gelben oder schwarz-gelb-grünen Regierung ist, als einen Widerwillen gegen das Erscheinungsbild und die Wirkungsgeschichte der CDU / CSU und auch der FDP. Und ihre Wirkungsgeschichte ist wirklich nicht berauschend. **a)** Den Bundesbürgern wurde eine Parteienherrschaft verpasst, statt ihr die Chance zu geben, sich eine begründete Demokratie anzueignen. **b)** Beide Parteien haben daran mitgewirkt, dass das Modell Soziale Marktwirtschaft sich nicht wirklich zu einem neuen Modell in der Geschichte für Deutschland und die Welt entwickeln konnte. Stattdessen wurde der Begriff Soziale Marktwirtschaft als Kreide für den Wolf Kapitalismus – analog zum Märchen *Der Wolf und die sieben Geißlein* – benutzt. Leider auch von der FDP, die zudem allzu oft bei dem Wort Freiheit nur an die Freiheit der Unternehmer dachte.

Die CDU und die CSU sind schon immer anmaßend mit dem Anspruch aufgetreten, dass sie die Eigentümer der Deutschland AG sind. Diese Haltung hat auch seinen Ausdruck gefunden in dem folgenden Buchtitel: **DER CDU-STAAT** Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, 1967, Hrsg. Gert Schäfer und Carl Nedelmann. Und diese anmaßende Haltung der im Zeitablauf wechselnden Führungsschicht von CDU und CSU, die da zum Ausdruck gebracht wird, spiegelte sich auch in der Abschlusskundgebung des CSU-Parteitag mit dem Kanzlerkandidaten der CDU, Armin Laschet wider, von dem ich einen Ausschnitt in den Nachrichten gesehen habe. Bei mir hängen geblieben ist der Eindruck, dass Markus Söder (für die CDU / CSU) zum Ausdruck brachte: „Wir sind die Eigentümer Deutschlands, das lassen wir uns von miesen Mitbewerbern nicht streitig machen.“^{10 11}

Mir ist eine Passage aus der Dankesrede „*Wahrheit, Freiheit und Friede*“ des Philosophen **Karl Jaspers** aus Anlass der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels von 1958 wieder eingefallen.¹² Die Passage hatte ich natürlich nicht wortwörtlich in

¹⁰ Das ist kein wörtliches Zitat.

¹¹ **Noch nichts gewonnen** / Stand: 11.09.2021 20:27 Uhr / Der Parteitag der CSU endete mit Jubel für Unions-Kanzlerkandidat Laschet. Ab jetzt will man im Bundestagswahlkampf "maximal geschlossen" auftreten. Aber reicht das, um das Ruder noch herumzureißen? Eine Analyse von Franka Welz, ARD-Hauptstadtstudio <https://www.tagesschau.de/inland/btw21/csu-parteitag-analyse-101.html>

¹² Die Laudatio *Humanitas* hielt Hannah Arendt.

Erinnerung, sondern ich habe sie aus dem Gesamttext übertragen

5. Unsere zwei großen Parteien in der Bundesrepublik haben beide einen politisch unwahrhaftigen Grund. Die eine gründet sich auf den von ihr faktisch preisgegebenen Marxismus und gerät dadurch in die Konfusion ihres Denkens.

Die andere Partei nennt sich christlich, während sich doch eine politische Partei auf den biblischen Glauben nicht redlich gründen läßt; das bringt in diese Partei etwas existentiell Verwirrtes.

Mit der politischen Selbsterziehung würden die großen Parteien aufhören, Weltanschauungsparteien zu sein. Sie würden auf dem gemeinsamen Boden des Staats republikanischer Regierungsart stehen und das politische Gewissen für die gemeinsamen Bedingungen der Freiheit haben.

Der Kampf würde durch politische Argumente stattfinden und durch die Glaubwürdigkeit der politischen Persönlichkeiten. So würde das Volk nicht mehr düpiert. Aufhören würde das Ungenügen an den Parteien, die durch eine winzige Schicht von Parteipolitikern die Regierung des Landes fast wie ein Fremdkörper an sich genommen haben. Bei den Wahlen verschwände das Gefühl des Zwangs, zwischen zwei Übeln unwillig wählen zu müssen. Die Oppositionspartei würde ein mitwirkender Faktor eigener Verantwortung. Von beiden Seiten würden die politischen Probleme aus der Sache entwickelt, nicht wahltaktisch konstruiert.

Vorher war von Karl Jaspers schon zu lesen:

In der gesamten politisch freien Welt ist Unwahrheit unsere größte Gefahr. Wir dürfen nicht behaupten, daß die sogenannte freie Welt heute wirklich frei sei. Sie hat vor der totalen Herrschaft nur den Vorzug dieser Chance, frei zu werden. Sie wird nur bestehen bleiben, wenn sie diese Chance mit ganzem Ernst ergreift. Die Idee der Demokratie - der republikanischen Regierungsart - droht verlorenzugehen in einer formal werdenden Demokratie, die zu einem Mittel von Manipulationen von Politikern und Wirtschaftsinteressen entartet.

Wir dürfen auch nicht behaupten, daß der Wirtschaftszustand der freien Welt in Ordnung sei. Die moderne Wirtschaft, die ihrer Herkunft nach expansiv ist, muß sich in ihrer Struktur und ihrem Ethos von Grund aus wan-

deln, wenn die Expansion an der Enge der endgültig verteilten Erde ein Ende gefunden hat.

Das scheint vielen ein unlösbares Problem. Etwa: Vorübergehende Hilfsmittel, zum Beispiel durch finanztechnische Operationen, durch teilweise Planungen, durch staatliche Ankurbelungen, durch den Umfang der Abzahlungsgeschäfte usw., werden das Unheil dieser Wirtschaft nur hinauszögern. Der Marxismus erwartet Arbeitslosigkeit und Hunger, bei denen nichts übrigbleibt als die totale, terroristische Planwirtschaft.

Gegen diese Erwartung hilft nicht die Unwahrheit des gedankenlosen Optimismus, es werde mit der Expansion in grenzenlosem Fortschritt schon weitergehen. Im Gang der Dinge selbst entsteht indessen durch Verschleierung eine Grundunwahrheit. Die Expansion wird ersetzt durch Arbeitsbeschaffung mittels Zerstörung, das heißt durch Steigerung der Konsumtion bis zur Vernichtung jedes Bleibenden. Der Prozeß von Produzieren und Konsumieren, selbständig geworden, baut nicht mehr eine Welt, in der der Mensch zu Hause ist, läßt keine Dauer haltbarer Güter zu. Nach völliger Zerstörung, 1945, konnte dieser Prozeß durch Arbeitswillen und Tüchtigkeit eines Volkes schnell und wirkungskräftig wiederhergestellt werden, als ob nichts geschehen wäre.

Voraussetzung dieses Treibens wird ein Menschentypus, dessen Dasein sich verzehren läßt in diesem quantitativ zu steigenden Produzieren und Konsumieren, in einem Leben zwischen der träger werdenden Arbeitslust und der leerer werdenden Freizeit, mit einem Selbstbewußtsein, das auf dem Prestige beruht, durch Anschaffungen und ständige Neuanschaffungen auf möglichst hoher Ebene dieses ständig zerstörenden Produktionsprozesses mitzuleben.

Das sind keine Worte aus dem Jahr 2021, sondern aus dem Jahr 1958. Sie wurden drei Jahre vor der Zeit gesprochen, als ich als 27jähriger Lehrling in einer Kreditgenossenschaft in Südniedersachsen von meinem späteren Freund Ekkehard Lindner¹³ von der Freiwirtschaft erfuhr. Er hatte dies Wissen in seinem geistigen Gepäck, als der aus der DDR geflohen war. Die Kunde von der Möglichkeit einer anderen Ökonomie, die – wie ich später feststellte – Ludwig Erhards Versprechen vom *Wohlstand für alle* wahr machen könnte, hat er mittels eines Flugblattes zur Bundestagswahl 1961 kund getan. Die große Frage ist, warum die CDU / CSU und die FDP, die dort aufgezeigte Möglichkeit, eine ehrliche Parteien zu werden, nicht

¹³ Er ist am 4. 3. 2021 99jährig gestorben.

aufgegriffen haben. Ich kann nicht glauben, dass die Ursache Charakterfehler der Mitglieder dieser Parteien waren, die sie gegen ihre eigenen Ziele wirken ließen. Fehler, die nicht in Personen gefunden werden können, müssen in den Institutionen gesucht werden. Dazu fehlt aber in unserer gesamten Gesellschaft der Mut.

Für den nachfolgend schon genannten Text habe ich im Januar 1978 im Landesfachausschuss für Wirtschaftspolitik der Nieders. F.D.P. , dessen Mitglied ich damals war, um eine Unterstützung für eine Veröffentlichung gebeten :

ARBEITSLOSIGKEIT - URSACHEN - WIRKUNGEN - LÖSUNGEN-
Und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung / ...

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.1%20Arbeitslosigkeit%201977.pdf>

In einem weiteren Schreiben (PLÄDOYER für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen) habe ich dann geschrieben:

In der Begründung zu meinem schriftlichen Antrag vom 16.01.1978, den die Teilnehmer der Sitzung vom 21.01.1978 (es war mein 44. Geburtstag) in schriftlicher Form erhalten haben, habe ich Ralf Dahrendorf zitiert, der in „Die Zeit“ Nr. 35/77 unter anderem schrieb:

„Der sozialliberale Konsens bröckelt an seinen Rändern, ist indes keineswegs passé: Das biedere Dreigestirn Schmidt - Genscher - Kohl könnte in einer Regierung sitzen, jedenfalls was politische Programme betrifft. Die neuen Herausforderungen kommen von den Rändern dieser Position. Das ist das hervorstechende Merkmal der neuen politischen Szene: Nicht nur die Idee der Modernität, sondern eine ganze politische Ideenwelt ist erschöpft - sozialliberal, sozialdemokratisch, soziale Marktwirtschaft.“ ...

„Die neuen Kräfte an den Rändern sind vergleichsweise schwach an politischer Unterstützung; sie sind zugleich stark an Ideen in einer ansonsten erschöpften Welt. Sie und die Reaktion auf sie bestimmen die politische Zukunft.“ ...

„Um die politische Phantasie anzuregen, können wir uns unter den geschilderten Umständen schwerlich auf die politischen Parteien verlassen. Was

wir brauchen, ist eine öffentliche Diskussion politischer Möglichkeiten.“ ...

Ich teile Dahrendorfs Beurteilung der politischen Szene und fühle mich diesen Kräften an den Rändern zugehörig.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf>

Es geht hier nicht um die Frage, ob meine Texte damals gut und richtig waren und auch nicht darum, dass die Menschen, die als handelnde Personen in der Politik hervorgehoben wurden, in irgendeiner Form abzuwerten – obwohl sich dafür Gründe finden lassen -, sondern, um den Hinweis darauf, dass politische Parteien – so wie sie bei uns konstruiert sind - untauglich für die Lösung politischer Probleme sind. Aber bei den Überlegungen, eine bessere politischen Willensbildung als über die politischen Parteien zu suchen, kann es keinesfalls darum gehen, den individuellen und den von Gruppen organisierten Wettbewerb, um die Gestaltung unserer Gesellschaft einzuschränken. Aber es ist ganz einfach, wenn sich nicht mehr Bürger bemühen einen besseren Weg der politischen Willensbildung zu finden und unserer Demokratie nicht einen größeren Wahrheitsgehalt einflößen, dann wird bald wieder ein ... Ismus bei uns herrschen. Und die CDU / CSU oder die FDP oder eine andere Partei zu wählen führt nicht automatisch in eine Zukunft mit weniger Problemen.

Nun hatte ich noch Begründungen geschrieben, warum der Vorwurf, die „bürgerlichen“ Parteien hätten die Idee der Sozialen Marktwirtschaft verraten. Richtig ist. Ich finde den Text nicht mehr. Krankheitsbedingt war ich einen Moment wohl nicht aufmerksam genug und habe die Datei gelöscht. Das schadet an dieser Stelle nicht, da dieser Text sonst zu lang geworden wäre. Das Notwendige kann ich in Kurzform auch so schildern.

Ludwig Erhard – auf den sich viele politische Akteure ungerechtfertigt berufen, war kein Freiwirt, dann hätte er nicht von Maßhalteappellen einen Beitrag zur Währungsstabilität erwartet. Er hatte aber eindeutig Sympathien für die Freiwirtschaft, weil er ihre marktwirtschaftliche Ausrichtung erkannte und sich in seinen Bemühungen gestärkt fühlen konnte.

So wie Keynes die Rentnerseite des Kapitalismus und den funktionslosen Investor für überwindbare Erscheinungen hielt, so dachten die Ordoliberalen, dass diese Erscheinungen bis auf rudimentäre Reste durch einen strikten Wettbewerb und die Vermeidung von Kartellen

überwinden sind.

Die Kooperation zwischen Ordoliberalen und Freiwirten ergab sich aus der beiderseitigen marktwirtschaftlichen Sichtweise. Sie wurde aber in beiden Lagern nicht überall gutgeheißen. Teile der freiwirtschaftlichen Seite befürchteten, dass eine Verwässerung der Lehren stattfinden oder mühsam erworbene Einsichten faulen Kompromissen zum Opfer fallen würden.

Soweit ich das sehe, konnten die Freiwirte die Lehren Walter Euckens weitgehend voll anerkennen. Die Ordoliberalen hatten dagegen Schwierigkeiten mit der Analyse des Geldes, der erforderlichen wirklichen Währungsreform, und mit der Bodenreform. Theoretisch begründete Einwände von Ordoliberalen und aus dem CDU - FDP-Umfeld sind mir persönlich nicht bekannt. Ich schätze auch, dass die Gründe für die mangelnde Öffnung zur Übernahme freiwirtschaftlicher Erklärungen und Lösungsvorschläge durch die bürgerlichen Parteien und des sie tragenden Umfelds nicht in rationalen Einsichten in ihrer Unbrauchbarkeit begründet sind, sondern in materiellen persönlichen Interessen und emotionalen Gefühlslagen.

Man darf auch nicht übersehen, dass die Freiwirtschaft auch ein Angriff auf das Kapitaleinkommen zugunsten des Arbeitseinkommens ist. Ich kann mir vorstellen, dass die Deutschen, die ihr Vermögen wenigstens zum Teil durch die Kriegswirren gerettet haben, nicht begeistert waren, dass es in Zukunft weniger oder gar keinen Ertrag mehr bringen würde. Die Parteien brauchten nach dem Krieg (wie heute) Geld für die Organisation und Propaganda und waren auf Spenden angewiesen. Spenden konnten aber nur die, die noch Vermögen gerettet hatten. Es ist daher kein absurder Gedanke, das damals die Einstellung zu bestimmten Themen gekauft wurde. Ich spreche von Möglichkeiten, nicht von beweisbaren Behauptungen. Solche Überlegungen stellen sich zwangsläufig ein, weil es keine vernünftigen Erklärungen dafür gibt, warum CDU / CSU unter Mitwirkung der FDP z. B. Millionen von Menschen Jahrzehnte lang in der Arbeitslosigkeit haben schmorenlassen, ohne dass auch nur die freiwirtschaftlichen Reformvorschläge zur Kenntnis genommen wurden. Obwohl die Wirtschaftswissenschaft keine zufrieden stellende Lösungen für die Beschäftigung und Verteilung anzubieten hatte, hat sie ihren wissenschaftlichen Ethos verraten, indem sie Lösungen, die nicht mit ihrem Stallgeruch behaftet waren, bewusst oder leichtsinnig ignoriert.

Die CDU / CSU hat – besonders wenn man an die Behandlung des Demokratie-Komplexes

im Vereinigungsprozess der beiden deutschen Republiken denkt - zumindest genauso viel politischen Dreck am Stecken wie die SPD. Beide Parteien muten ihren Mitgliedern und Wählern viel zu. Beide Parteien empfinde ich als Staatsbesetzer, die den Staat nutzen, um für sich und ihr Klientel Interessen durchzusetzen. Und die anderen Parteien bemühen sich darum, mit den genannten gleichziehen zu können.

Wenn die SPD (früher mehr als heute) gelegentlich Gewerkschaften als Unterstützer einsetzen kann, dann sind das bei der CDU die Unternehmensverbände. Aus Anlass des 70jährigen Bestehens der Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN) lag eine 77 Seiten starke Beilage in der HAZ. Unter der Rubrik „**Zahlen sage mehr**“ ist zu lesen, dass in Niedersachsen im UVN 96 Mitgliedsverbände, in den 150.000 Unternehmen organisiert sind. Sicher nicht alle, aber ein Gutteil der Organisationen wird in der Hauptsache damit beschäftigt sein, ihren Einfluss auf die Parteien, die Parlamente und Ministerien in eigener Sache auszuüben. Auf die Bundesrepublik bezogen ist das dann eine bedrohliche Zahl von Verbänden, die alle von der Politik berücksichtigt werden wollen. Ich habe erst kürzlich bei Erhard in seinem Buch „Wohlstand für alle“ gelesen, das er vom Verbandsunwesen gesprochen hat. Seine größten Gegner waren, wenn ich das, was ich gelesen habe, werte, auch nicht die Sozialdemokraten, sondern die Wirtschaftsverbände und große Teile des CDU-Parteiapparates.

Ich hatte nun die Idee durch Zitate von Ludwig Erhard aus seinem Buch *Wohlstand für alle* Zitate zu bringen, die sich voll mit dem decken, was die Freiwirtschaft lehrt, aber das bläht hier den Text für die schnelle Übersicht nur unnötig auf. Ich will hier nur kurz darauf hinweisen dass die Arbeit der sozialökonomischen Gestalt Deutschlands für einen Teil der Menschen, die sich der Freiwirtschaft als Modell für Freiheit und Gerechtigkeit verschrieben hatten schon während des Zweiten Weltkrieges begonnen hat. Die Gründung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft wurde in den Jahrestagungen 1951 und 1952 des Freiwirtschaftsbundes vorbereitet. Der Titel des Protokolls von 1951 lautet „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“. In der Begrüßung von Otto Lautenbach ist zu lesen:

... Mit großer Sorge haben wir die Entwicklung dessen betrachtet, was als soziale Marktwirtschaft von der Bundesregierung plakatiert worden ist. Und wir waren bereits veranlaßt, am vergangenen Bundestag darüber nachzudenken, was getan werden könnte, um bis zum Abschluß der gegenwärtigen Regierungsperiode eine echte soziale Marktwirtschaft tatsächlich

durchzusetzen. Aus diesen Gedanken ist das Thema unseres heutigen Bundestages entstanden; nämlich ein geschlossenes Programm vorzulegen, das eine soziale Marktwirtschaft als Ganzes verwirklicht und nicht etwa einen Katalog von Einzelmaßnahmen, wodurch unseres Erachtens niemals eine soziale Marktwirtschaft verwirklicht werden kann. Das ist der Zweck dieses Bundestages. Die Vorträge werden im einzelnen sagen, was wir wollen.

Heute stehen auf der Tagesordnung zwei Vorträge: 1. von Dr. Ernst Winkler über „Persönliche Freiheit und Sozialordnung“; und von Professor Alexander Rüstow über: „Wirtschaftsordnung und Staatsform“. Morgen sind zwei Vorträge vorgesehen, von Nationalrat Werner Schmid, Zürich, über „Freiheitliche Außenpolitik“ und von mir über „Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft“.

Die Zusammensetzung des Hörerkreises unseres Bundestages zeigt Ihnen, daß wir nicht auf irgend eine Wahrung von Interessen abzielen oder einer Interessengruppe oder Partei verpflichtet sind, sondern daß wir die gesamte Wirtschaft, von der Arbeiterschaft bis zum Unternehmer, durchdringen wollen mit dem Gedankengut der Sozialen Marktwirtschaft. Denn wir sehen, um das vorwegzunehmen, in der Sozialen Marktwirtschaft die realistische Erfüllung der Versprechungen, die in der Vergangenheit von der Linken immer gegeben worden sind. Der Natur der Sache nach müßte aber der politische Widerstand von „Rechts“ viel stärker sein als von links. Seltsamerweise ist es gerade umgekehrt.

Die Themen im Protokoll für 1952 „Das Programm der Freiheit“ lauten:

Grundriß einer sozialen Marktwirtschaft / Ernst Winkler
Der vollständige Wettbewerb und die Antimonopolgesetzgebung / Franz Böhm
Marktwirtschaft und Mitbestimmungsrecht / von Fritz Hellwig
Geldwertstabilität und Kapitalmarktreform / Otto Lautenbach
Überwindung der Wohnungszwangswirtschaft / Wolfgang Frickhöfer
Organische Steuerreform / Georg Strickrodt
Erste Diskussion
Die politische Verwirklichung / Otto Lautenbach
Zweite Diskussion
Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung
Schlußwort von Otto Lautenbach

In der Begrüßung von Paul Diehl heißt es u. a.:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie als Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Verwaltung, der Wirtschaftsverbände und der Kammern auf das herzlichste. Wir bedauern, daß kein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu uns gekommen ist, denn es wäre sicher fruchtbar gewesen, sich mit ihnen in sachlicher Weise auseinanderzusetzen. Mit besonderem Dank begrüßen wir unsere Gastreferenten, die sich für einen Vortrag aus ihrem Tätigkeitsbereich zur Verfügung gestellt haben, und auf diese Weise an unseren Zielen mitarbeiten:

Natürlich sind auch die Referate und die Thesen von Interesse. Deren Inhalte ich aber nicht auf die Länge einer Seite komprimieren kann. Zu den Thesen kam von Erhard eine telegraphische Zustimmung. Die Tagungen fanden ein bundesweites Echo. Ich entnehme aus dem Protokoll von 1951 zwei Pressemeldungen.

Freiwirtschaftsbund fordert freie Märkte auf allen Gebieten

Der Freiwirtschaftsbund, eine Vereinigung, die den Gedankengängen des Schweizer Nationalökonomen Silvio Gesell folgt, veranstaltete in diesen Tagen in Heidelberg den „Bundestag 1951“. Der Freiwirtschaftsbund bestand bereits vor 1933; er wurde durch die Nationalsozialisten verboten und 1945 neu gegründet. Zu den wesentlichsten Zielen Silvio Gesells gehört die Indexwährung, also eine Währung mit stabiler Kaufkraft, ferner eine Zurückdrängung des Staatseinflusses aus allen Bereichen der Wirtschaft mit Ausnahme der Verteilung des Bodens. In einigen Punkten berührt sich die Lehre Gesells mit den Forderungen des klassischen wirtschaftlichen Liberalismus.

Der Freiwirtschaftsbund hat das ursprüngliche Programm heute teilweise etwas korrigiert und den Zeitverhältnissen angepaßt. Das erklärte Ziel ist heute, die „soziale Marktwirtschaft“ in unverfälschter Form durchzusetzen. Darunter versteht der Freiwirtschaftsbund offenbar den Verzicht auf staatliche Intervention, auch in Bereichen, in denen sie heute selbstverständlich erscheint. Das kam in den in Heidelberg gehaltenen Reden zum Ausdruck, vor allem auch in der von dem Freiwirtschaftsbund veröffentlichten „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“. Weniger deutlich wurde, wie gerade der soziale Charakter der Marktwirtschaft auf diese Weise durchgesetzt werden soll. (Es sprachen u. a. Otto Lautenbach, der Vorsitzende des Bundes, Universitätsprofessor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg, Nationalrat Werner Schmid, Zürich, und Dr. Ernst Winkler, München.)

In der „Magna Charta“ heißt es u. a., die staatlichen Organe sollten sich jedes Eingriffes in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse enthalten. Die Bundesregierung solle ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die Einkommen decken. Sämtliche Märkte sollen frei sein und der freien Preisbildung unterstehen, einschließlich der Grundstoffe und der Wohnungswirtschaft. Weder die Kapitalverwendung noch die Zinssätze sollten vorgeschrieben werden außer dem Diskontsatz der Notenbank. Die Bundesregierung solle keine Zölle erhe-

ben und keine Subventionen zahlen. Die Devisenbewirtschaftung solle aufgehoben werden. Die Konsequenz, mit der hier ein Programm des wirtschaftlichen Liberalismus verkündet wird, ist bemerkenswert. Es wird immer überzeugte Anhänger der liberalen Theorie geben, die der Meinung sind, unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämen gerade daher, daß die Forderungen des Liberalismus nicht konsequent genug verwirklicht würden. Zweifellos spricht auch manches für diese Auffassung. Mit Sicherheit läßt sich aber voraussagen, daß dafür heute weder in der Regierung und dem Parlament, noch in der Bevölkerung eine Mehrheit zu finden sein würde. Die praktische Politik wird daher nach wie vor auf möglichst günstige Kompromißlösungen bedacht sein müssen.

Handelsblatt, Düsseldorf, 21. November 1951

Aufruf zur sozialen Marktwirtschaft

Wer die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung betrachtet und sich daran erinnert, daß die Regierungsparteien den Wahlkampf unter der Parole der „sozialen Marktwirtschaft“ geführt haben, könnte fast verzweifeln angesichts der Fülle der erhalten gebliebenen und neu errichteten zwangswirtschaftlichen Regelungen. Besonders in letzter Zeit, in der die Wirtschaftsgesetzgebung zunehmend unter den Einfluß von Interessenverbänden geraten ist und die Praxis zweifelhafter parteipolitischer Kompromisse in Wirtschaftsfragen die Regel geworden zu sein scheint, vor allem aber seit der Kanzler selbst durch seine ständigen Teilzugeständnisse mal an die eine, mal an die andere Seite, wichtige wirtschaftliche Entscheidungen vorwegnimmt, ist von einer einheitlichen politischen Grundlinie in Richtung auf die soziale Marktwirtschaft kaum mehr etwas zu spüren. In dieser Situation war es durchaus angebracht, daß der Freiwirtschaftsbund seine diesjährige Tagung in Heidelberg unter das Motto „Mut zur sozialen Marktwirtschaft“ stellte. Gerade in jüngster Zeit scheint man allmählich zu vergessen, daß die großen wirtschaftlichen Erfolge seit 1948 entscheidend von dem mutigen Übergang der Erhard'schen Wirtschaftspolitik zur freien Marktwirtschaft abhingen und daß die wichtigsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Versorgungsengpässe und das Dilemma des Kapitalmarktes, gerade durch Beibehaltung von Preisbindungen und Marktregelungen entstehen konnten. Es gibt kaum etwas Gefährlicheres als jener, im Kabinett und bei manchen Parteien weit verbreitete Defaitismus gegenüber der Marktwirtschaft, der diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur durch neue Staatseingriffe Herr werden zu können glaubt. Prof. Dr. Rüstow hat in einem der interessantesten Referate der Tagung die verhängnisvollen Konsequenzen dieses Irrglaubens gezeigt, man könnte auf die Dauer in einer vorwiegend marktwirtschaftlichen Ordnung zwangswirtschaftliche Teilbereiche ohne Schaden aufrecht erhalten. Es gilt, der geschilderten Tendenz, die „Unordnung“ an den Grenzbereichen zwischen freiem Markt und reglementiertem Sektor durch Einbeziehung immer weiterer Bereiche zu beseitigen, durch eine mutige und entschiedene Wendung der Wirtschaftspolitik entgegenzutreten, indem Raum für die Entwicklung einer echten sozialen Marktwirtschaft geschaffen wird. Dazu ist es aber erforderlich, daß man das Attribut „sozial“ nicht nur als schönes, aufgepapptes Etikett versteht, sondern bereit ist, für die soziale Idee Opfer zu bringen, um damit im wohlverstandenen eigenen Interesse die wirtschaftliche und persönliche Freiheit gegenüber dem Ansturm der sozialistischen und totalitären Mächte auf die Dauer erhalten zu können. Es ist ferner nötig, daß an die Stelle der Machtkämpfe zwischen monopolistischen Interessenverbänden, seien es nun staatliche oder private Wirtschaftskartelle, Einheitsgewerkschaften oder ähnliches, der ungehinderte Leistungswettbewerb als stärkster Wirtschaftsmotor tritt, also eine Monopolbekämpfung die „Startgleichheit“ für jeden herstellt. Der Freiwirtschaftsbund hat in diesem Kampf nun erneut die Initiative ergriffen und eine „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ vorgelegt, die als Grundgesetz der Wirtschaft von den gesetzgebenden Körperschaften erlassen werden soll und die

freie Wettbewerbsordnung für die Bundesrepublik gesetzlich verankert. Die Bundesregierung soll damit ermächtigt und verpflichtet werden, die Wirtschafts- und Rechtsordnung dementsprechend zu modifizieren. Wenn es auch sehr fraglich erscheint, ob die Befreiung von allen staatlichen Eingriffen für die im einzelnen aufgeführten verschiedenen Wirtschaftsbereiche, die den bekannten Forderungen des Freiwirtschaftsbundes entsprechen, alle verwirklicht werden können oder überhaupt zweckmäßig sind, so sollte diese Initiative doch ein ernster Aufruf an die Verantwortlichen sein, sich auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft zu besinnen. Man mag zur Freiwirtschaftslehre im einzelnen stehen wie man will, ihr uneingeschränktes Bekenntnis zur 'Wirtschaftsfreiheit verdient die Unterstützung aller freiheitlich gesinnten, auf dem Boden der Privatwirtschaft stehenden Menschen.

Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung, Frankfurt, Nr. 46, 17. November 1951

Das Handelsblatt schreibt zurecht, dass der soziale Charakter der Marktwirtschaft in den Reden nicht deutlich genug wurde. Das liegt vielleicht daran, dass die Akteure, die damals den Begriff Soziale Marktwirtschaft benutzten, vieles mitgedacht haben, was in dem Begriff gar nicht unmittelbar zum Ausdruck kommt. Vielleicht lag an der Zeit, wo noch um den Ausbau der Marktwirtschaft gerungen wurde, eine gewisse Scheu vor, die erwarteten Wirkungen des angestrebten Modell zu beschreiben. Die Gefahr bestand doch darin, bei den Habenichtsen als ökonomisch Wunderdoktoren angesehen und bei denen, die schon wieder den „Segen“ des Kapitalertrages genossen, als die Plünderer ihrer Privilegien verschrien zu werden. Der *Volkswirt* hatte schon recht, die Umsetzung der Idee bedeutete auch für einen Teil der Bürger Opfer zu bringen.

Wie sich das Anliegen und das Soziale in der *Sozialen Marktwirtschaft* sich aus freiwirtschaftlicher Sicht in der politischen Programmatik ausdrückt, kann man zum Beispiel in dem unten angezeigten Text 2.0, den ich zum Programmkongress der GRÜNEN 1980 gefertigt habe, nachlesen.

Ich versuche hier das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft aus freiwirtschaftlicher Sicht kurz in seinen Wirkungen darzustellen.

Eine konsequente Bodenreform würde zum ersten Mal den Artikel 1 der Allgemeinen Menschenrechte wesentlich von dem Charakter einer Sonntagpredigt befreien. Er lautet:

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Die Ausgangslage ist: Die Erde ist für jeden einzelnen Menschen die Existenzgrundlage, folglich hat auch jeder Mensch den gleichen Anspruch auf die Nutzung der Erde. Die Frage ist, wie der Anspruch jedes einzelnen Menschen auf Nutzung der Erdoberfläche eingelöst

werden kann, da sie mehr oder weniger parzelliert ist und jede Parzelle ein Monopol bildet, das nicht vervielfältigt werden kann. Zudem hat jede Parzelle unterschiedliche Eigenschaften.

In der Bodenrechtsreform wird beim Eigentum strikt unterschieden zwischen dem, was die Mutter Erde den Menschen kostenlos zur Nutzung zur Verfügung stellt und daher kein Privateigentum sein kann und dem was der Mensch durch seine Arbeit sich zum Eigentum mit alleinigem Verfügungsrecht macht. Dazu gehören zum Beispiel auch Häuser und Bodenverbesserungen. Es wird hier also zwischen Bodenrecht und Sachenrecht unterschieden. Zum Bodenrecht werden auch die Schätze unter der Erdoberfläche, der Luftraum, die Gewässer und die Meere gezählt.

Wenn die Menschen in einer Region, Staat, Erdteil oder auf der ganzen Welt verstanden hätten, die Erde gehört uns allen und es würde daher ergänzt, jeder könnte sie nutzen, wie es ihm beliebt, würde diese Regelung Mord und Totschlag und eine große Verarmung und Hungersnöte auslösen. Das ist also keine Lösung der gerechten Nutzungs-Verteilung. Der Ausgleich des Vorteils unterschiedliche Nutzung von unterschiedlichen Teilen der Erde (erst einmal begrenzt auf den eigenen Staat) muss anders ausgeglichen werden.

Zu Hilfe kommt da, das jede Parzelle – weil der Boden ein knappes Gut ist – einen Preis hat, dieser Preis ist die nicht auflösbare Grund- oder Bodenrente. Diese Rente, die für jede Parzelle in unterschiedlicher Höhe anfällt, muss abgeschöpft werden und so zurück verteilt werden das jeder Mensch den gleichen Nutzen davon hat. Dafür gibt es zwei unterschiedliche Wege. a) die abgeschöpfte Grundrente wird als Ausgleichseinkommen für die unterschiedliche Nutzung der Erde ausgezahlt.¹⁴ b) Mit der Abschöpfung der Grundrente wird der Staat finanziert und die Bürger von den Steuern freigestellt. Diese Idee geht auf Henry George zurück.¹⁵

Für die Vergabe der Nutzungsrechte ist das Erbbaurecht ein brauchbares Instrument. Damit hier nicht neue Privilegien entstehen, ist das Meistgebot zu beachten. (Der beste Boden zum besten Wirt.) Schon vergebene Rechte sind zum realistischen Marktpreis einzuschätzen.

Die Soziale Wirkungen der freiwirtschaftlichen Geldreform (hier ohne Erklärung wie sie im einzelnen entstehen):

a) Die Geldreform sorgt dafür, das die Arbeitslosigkeit für die Menschen, die arbeiten können und wollen auf Null herunter sinkt.

b) Da die Kosten der Arbeitslosigkeit entfallen, sind Steuerentlastungen und großzügigere Zuwendung für Menschen, die keine ökonomischen Leistungen erbringen können, möglich.

c) Zum ersten Mal kann eine Konjunktur nicht mehr von der Geldseite her abgeblockt werden. Das führt zu einer Dauerkonjunktur ohne Wachstumsdruck mit der Wirkung, dass das Zinsniveau gegen Null Prozent entwickelt. Das Sinken des Zinsniveaus hat zur Folge, dass der einkalkulierte Zinsanteil in den Preisen – der im Durchschnitt 30 bis 40 % des Nettoein-

14 Gesell hatte die Idee, von der Grundrente eine Mütterrente zu machen. Er argumentierte, die Grundrente gäbe es nur, weil sie durch die Geburt der Kinder erst verursacht würde. Es wäre der gerechte Lohn für die Leistung der Mütter und würde sie wirtschaftlich unabhängig von ihren Männern machen.

15 Ich verweise hier auf das Heft 245 der Fragen der Freiheit „Fortschritt und Armut / Leben und Werk Henry Georges“ In der Gegenwart hat Prof. Dirk Löhner zu dem Thema viel veröffentlicht.

kommens ausmacht¹⁶ – gegen Null sinken kann. Die Wirkung ist, das Arbeitseinkommen und auch das Einkommen des Wohlfahrtsempfängers bekommen eine höhere Kaufkraft. Es folgt daraus, dass sich eine andere Einkommens- und Vermögensverteilung ohne wirkungslose Programme zur Förderung von Vermögensbildung – die im Regelfall eine Umsatzförderung der Geldinstitute sind – einstellt. Es wird eine soziale Absicherung nach individuellen Bedürfnissen und Raum für eine selbstbestimmte und nicht aufgezwungene Solidarität der wirtschaftlich schwachen oder in Not geratenen Menschen möglich.

d) Wohnen, Miete: Gerade das Wohnen – egal ob zur Miete oder im Wohneigentum – macht viel Kummer. Neben den Kostenfaktor Boden, der meistens unterschätzt wird, schlagen hier die Zinsen – reale oder kalkulierte hoch zu Buche. Da das Haus und die Wohnung ein langlebiges Gut ist, bei dem der Kostenteil für Abschreibungen gering ist, ist der Zinsanteil in der Miete hoch. Ich habe in Erinnerung, dass der Zinsanteil in der Miete langfristig bei 70 % liegt. Daraus wird schon ersichtlich, welche soziale Wirkung eine freiwirtschaftliche Ausrichtung unserer Ökonomie hätte. Mit diesen Möglichkeiten kann kein Programm des sozialen Wohnungsbaus mithalten. Die aktuelle Situation hat ihre Besonderheiten. Der niedrige Zins für die Baufinanzierung wird wenigstens zum Teil durch die steigenden Bodenpreise, die von dem spekulierenden Geld verursacht werden, aufgehoben. Ein Teil der Preissteigerungen wird sicher auch von dem Bauboom ausgelöst. Die Bauwirtschaft, die immer unter den schwankenden Konjunkturen leidet, weiß die Gunst der Stunde für sich zu nutzen. Unter freiwirtschaftlichen Bedingungen würde die Tätigkeit der Bauwirtschaft in einem ruhigen Lauf verstetigt.

Nun kann man sagen: Das klingt ja alles gut und schön und macht sich auf dem Papier ja ganz gut, aber es bleiben Versprechungen. Und mit Versprechungen von Schulen der Ökonomie und den Parteien hätte man seine enttäuschenden Erfahrungen gemacht. Diese Möglichkeit ist bei der Freiwirtschaft auch nicht auszuschließen. Was für die Freiwirtschaft spricht ist:

a) Eine mündige Gesellschaft hat nur die Möglichkeit sich von der jeweiligen politischen Verhältnissen, seine künftige ökonomische Gestalt aufzuzwängen zu lassen oder sich auf der Suche nach dieser selbst zu begeben. Eine Gesellschaft in der sich der Wille zur Gestaltung der eigenen Zukunft gebildet hat, kann aber mit der eigenen Sozialökonomie nicht beliebig im Realen experimentieren, weil das bei der Dauer und dem Umfang der Ökonomie, die sie im Gesellschaftskörper hat, zu einer Selbstauflösung führen würde. Es bleibt ihr nichts anderes übrig als eine Bauzeichnung (eine theoretische Vorstellung) von der künftigen Gesellschaft zu machen und die Wahrscheinlichkeit zu taxieren, dass die erhofften Wirkungen eintreten. Und hier hat die Freiwirtschaft einige Pluspunkte aufzuweisen. Sie ist nicht als Kopfgeburt entstanden, sondern aus empirischen Beobachtungen und von Mitgliedern mehrerer Generationen, verschiedener Berufe – darunter Akademiker aller Fakultäten - auf ihre Stimmigkeit geprüft worden. Aber das ist auch noch keine Garantie, dass alles so kommen würde, wie man es sich gedacht hat.

Was aber trotz möglicher Einwände nicht systematisch und auch nicht kollektiv von der Wirtschaftswissenschaft untersucht wurde, ist, ob dieser freiwirtschaftlicher Ansatz für die Menschen bei uns in Deutschland und darüber in der Welt einen beachtlichen Nutzen bringen würde oder nicht. Das wäre ja noch verständlich, wenn die Wirtschaftswissenschaften zwischenzeitlich Ergebnisse geliefert hätte, die das, was die Freiwirtschaft (in der von der

¹⁶ 40% Zinsanteil in den Preisen - eine Diskussion! Von Helmut Creutz
https://humane-wirtschaft.de/pdf_z/creutz_zinsanteil-in-preisen_diskussion.pdf
https://www.helmut-creutz.de/pdf/grafiken/e/creutz_059.pdf

Politik gewollten Kümmerlichkeit) zu bieten hat, in den Schatten stellt. Da das nicht der Fall ist, ist wieder die Frage, was treibt passable, kluge Menschen, die die Ökonomie als Profession betreiben, in eine Situation, die sie ins Gefängnis bringen würde, wenn sie Mediziner wären und niemals hätten auf den Mond landen können, wenn sie Weltraumforscher wären.

Ja, und dann wäre noch zu fragen: Wann lernt der Wirtschaftsjournalismus etwas genauer auf den Gegenstand zu schauen, über den sie berichtet. Diese Zeitgenossen sind mit Ursache dafür, dass ich mich hier zu einem Scheinriesen aufblähen musste.

Es grüßt

Tristan Jann Ferdinand Abromeit

Hinweise auf Quellen zum Thema:

Archiv für Geld- und Bodenreform, das in der Universität Oldenburg untergebracht ist.

<https://www.sozialoekonomie.info/archive/archiv-geld-und-bodenreform.html>

00000

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

https://www.asm-ev.de/UeU_%C3%9Cber_uns.html

00000

Ordoliberalismus und Freiwirtschaft / Freiheit oder? / Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft / Eine Denkschrift für Otto Lautenbach. Von Ernst Winkler, Gründungsmitglied der ASM Sonderheft der Zeitschrift *Fragen der Freiheit* I-II / 2006, Heft 273/4 Herausgegeben vom Seminar für Freiheitliche Ordnung (wegen Todesfälle im Umbruch). www.sffo.de

00000

Hinweis auf: **Arne Kätner**

German Neoliberalism: Elite Networks and Conceptual Strategies (1924-1963)

Elitenetzwerke und konzeptionelle Strategien (1924-1963)

Dissertation eingereicht an der Fakultät für Geschichte, Philosophie und Theologie an der Universität Bielefeld zum Doktorat für Philosophie (Dr. phil.) 2020

Unter der Gliederungsziffer 5. 1, ab der Seite 125 wird auch die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft abgehandelt. Es wäre angebracht, dass diese Dissertation auch auf Deutsch veröffentlicht würde.

00000

2.0 **Der Dritte Weg** Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)

- Ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung

- Erstellt zum Programmkongress der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken

(75 Seiten, 406 KB)

Der Begriff „Dritter Weg“ ist unbrauchbar geworden und politisch verbrannt. Gemeint war ursprünglich ein Weg (oder auch die Suche danach) der nicht im Kapitalismus und nicht im Kommunismus endet.